

**Dringliche Motion Fraktion GB/JA! (Aline Trede/Stéphanie Penher, GB):
Transparenz zur Sicherheit des AKW Mühleberg**

In Japan ereignet sich momentan eine der schlimmsten Katastrophen in der Geschichte der Menschheit. Die Ereignisse in Japan wühlen auf: Zuerst das Erdbeben, dann der Tsunami mit seiner unvorstellbaren Verwüstung. Und sehr schnell danach wurde der atomare Notstand ausgerufen, nachdem das AKW in Fukushima beschädigt worden war und auch die Notaggregate nicht einwandfrei funktionierten. Von einer Kernschmelze ist wohl nach derzeitigem Wissensstand auszugehen.

Dass ein solcher Atom-GAU in einem hochentwickelten Land wie Japan passieren kann, sollte uns zu denken geben und sollte uns dazu zwingen, unsere Energieversorgung weg von der Atomkraft in eine Zukunft mit erneuerbarer Energie zu lenken.

Die dramatische Situation in Fukushima zeigt auf, dass Atomkraftwerke auch in technologisch hochentwickelten Ländern nicht gegen alle Katastrophen geschützt werden können. Es gibt keine absolute Sicherheit. Vor diesem Hintergrund ist es zwingend, dass die Kernkraftwerke in der Schweiz und insbesondere das AKW Mühleberg als einer der ältesten Reaktoren weltweit sofort nach Sicherheitsaspekten neu geprüft werden. Im AKW Mühleberg kommt es mehrmals im Jahr zu kleinen Störfällen, über welche die Bevölkerung nicht aktiv orientiert wird. Die Transparenz muss diesbezüglich stark verbessert werden und nicht nur in Polemik vor Abstimmungen ausarten.

Der Gemeinderat soll:

1. sich beim Regierungsrat und beim Bundesrat für eine erneute und umfassende Sicherheitsüberprüfung des AKW Mühleberg aufgrund der neuen Erkenntnisse in Japan einsetzen.
2. den Regierungsrat auffordern, die AKW-Betreiber und die Kontrollbehörden zu einer aktiven, umfassenden und unverzögerten Information schon bei kleinsten Störfällen zu verpflichten.
3. den Regierungsrat und das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI auffordern, den auf Ende 2010 erstellten Langzeitsicherheitsbericht der BKW zu Mühleberg sofort offen zu legen und zu kommentieren.
4. den Bundesrat auffordern, die definitive Betriebsbewilligung des AKW Mühleberg nochmals zu überdenken und das AKW Mühleberg wie geplant im Jahr 2012 vom Netz zu nehmen

Begründung der Dringlichkeit:

Die Ereignisse und Informationen bezüglich Atomkraft überstürzen sich. Damit der Gemeinderat handlungsfähig ist und an dieser wichtigen Debatte teilnehmen kann, muss er schnell die Meinung des Stadtrats kennen.

Bern, 17. März 2011

Dringliche Motion GB/JA! (Aline Trede/Stéphanie Penher, GB), Lea Bill, Rahel Ruch, Jeannette Glauser, Urs Frieden, Cristina Anliker-Mansour, Hasim Sancar

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Die in der Dringlichen Motion geforderten Massnahmen betreffen inhaltlich Regierungs- und Verwaltungstätigkeiten, welche in den operativen Tätigkeitsbereich der Exekutive zu liegen kommen. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu.

Der Gemeinderat hat bereits mehrfach betont, dass er sich auf politischem Weg dafür einsetzt, dass das AKW Mühleberg zu einem möglichst raschen Zeitpunkt vom Netz genommen werden kann. Anlässlich des Gesuchs der BKW FMB Energie AG um Aufhebung der Befristung der Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Mühleberg und des damit verbundenen öffentlichen Verfahrens, hat der Gemeinderat seine Haltung und seine Besorgnis in einer entsprechenden Stellungnahme festgehalten. So lehnte er eine Aufhebung der Befristung der Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg ab und kritisierte insbesondere, dass der vom Bund 2007 geforderte Nachweis für den langfristig sicheren Betrieb mit dem rissbehafteten Kernmantel bisher nicht erbracht worden sei.

Der Gemeinderat hat zudem in seinem Brief vom 24. März 2010 an das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) seine Besorgnis über die Aufhebung der Befristung der Betriebsbewilligung für das KKW Mühleberg (KKM) geäussert. Diese Punkte wurden auch anlässlich des Treffens Anfang November 2010 zwischen dem Gemeinderat und dem ENSI in aller Deutlichkeit wiederholt.

Die dringliche Motion Fraktion GB/JA! verlangt vom Gemeinderat im Grundsatz, dass er diesen politischen Weg weiterverfolgt. Der Gemeinderat wird denn auch die ihm zur Verfügung stehenden Mittel weiterhin wahrnehmen, um die Interessen der Stadt Bern zu vertreten, eine möglichst hohe Transparenz schaffen zu können und mitzuwirken, damit das AKW Mühleberg zu einem möglichst frühen Zeitpunkt vom Netz genommen werden kann. Da die Motion inhaltlich einen Bereich betrifft, welcher in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt der Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 4. Mai 2011

Der Gemeinderat